

Betreff:

Kürzung der Städtebauförderung des Bundes verhindern
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Antragstext:

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung beabsichtigt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Finanzmittel für stadtentwicklungs- und wohnungsrelevante Programme zu reduzieren oder vollständig zu streichen. Darunter fallen unter anderem die Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der kfw Bankengruppe und die Städtebauförderung des Bundes.

Ohne diese Mittel sind viele Städte jedoch nicht in der Lage ihre strukturellen Probleme beseitigen zu können. Auch für die Landeshauptstadt Wiesbaden besteht die Gefahr, dass wichtige anstehende Projekte zur Stadtentwicklung und -erneuerung nicht mehr verfolgt werden können.

Mit dem Streichen der Mittel werden zusätzlich private Investitionen gebremst. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bescheinigt, daß mit einem Euro öffentlicher Gelder bis zu acht Euro Investitionen mobilisiert werden können. Ein Rückgang der Investitionen hätte zur Folge, daß die Baubranche geschwächt und somit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Wiesbaden gefährdet würden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich, zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Städtetag gegen die massive Kürzung der Städtebauförderung einzusetzen.
2. für den Erhalt einer angemessenen Unterstützung insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung einzutreten.
3. zu berichten, welche Folgen eine Kürzung der Förderungen auf aktuelle und anstehende Stadtentwicklungsprojekte hätte.

Wiesbaden, 24.08.2010

Michael Schlempp
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführerin